



Den Patientinnen und Patienten verpflichtet – nicht dem Gewinn!

Für die SP sind Gesundheitspolitik und Sozialpolitik siamesische Zwillinge. Das eine kann es ohne das andere nicht geben, zu eng sind beide miteinander verbunden. Deshalb sollen beide durch die Stadt gesteuert werden. So wie die soziale Absicherung allen zugänglich sein muss, haben auch alle Anspruch auf eine breite medizinische Versorgung – und zwar unabhängig von ihrer gesellschaftlichen Position, ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, ihrer Herkunft, ihrem Alter, oder der Komplexität ihrer Erkrankung. Die medizinische Versorgung ist eine zentrale Aufgabe eines Gemeinwesens. Dieser Grundsatz ist für die SP nicht verhandelbar.

Nicht zuletzt die Geschichte der Krankenhäuser zeigt, dass ein Teil der erforderlichen Aufwendungen immer gemeinnützig getragen werden muss. Entsprechend ist es auch weitgehend unbestritten, dass die Solidargemeinschaft für die Folgen von Krankheiten und Unfällen aufzukommen hat – wo dies nicht durch die Leistungen der Versicherungen gedeckt wird, gebietet es die gesellschaftliche Solidarität, dass die öffentliche Hand einspringt. Dabei gilt auch für die SP, dass die Finanzierungsmechanismen ebenso wie die Organisationsformen der Leistungserbringer effizient ausgestaltet und die Anreize richtig gesetzt sein müssen.

Für die SP ist es somit nicht allein eine gesundheitspolitische, sondern eine unabdingbare gesellschaftspolitische Zielsetzung, die bedarfsgerechte medizinische Versorgung mit Akutspitälern für die gesamte Bevölkerung sicherzustellen. Dabei sind wir in erster Linie dem Wohlergehen und den Interessen der Patientinnen und Patienten verpflichtet. Zugleich hat unsere Aufmerksamkeit den Interessen und der Sicht des Personals zu gelten. Als Eigentümerin der Stadtspitäler Triemli und Waid ist die Stadt Zürich eine wichtige Akteurin, die dadurch ihre sozialpolitische Verantwortung wahrnehmen kann und auch ein gewichtiges Wort mitredet, was die künftige Ausgestaltung der Zürcher Spitallandschaft angeht.

Die von den bürgerlichen Parteien angestrebte Privatisierung der Stadtspitäler beabsichtigt das Gegenteil, nämlich den Rückzug der Stadt aus dieser Verantwortung und den Verzicht auf wirkungsvolle und demokratische Mitgestaltung. Damit wird in Kauf genommen, dass es in weniger attraktiven oder defizitären Fachgebieten wie z.B. der Geriatrie oder der Kindermedizin sowie in der Versorgung verletzlicher, psychisch angeschlagener, schwerkranker Patientinnen und Patienten und in der Palliativmedizin zu einem Leistungsabbau kommt. Wir wehren uns gegen eine solche Zweiklassenmedizin. Unsere Stadtspitäler erfordern zwingend eine gemeinnützige Trägerschaft und können nicht in erster Linie einem gewinnorientierten Geschäftsmodell folgen, wie es die Privatisierungsturbos verlangen. Der entsprechende Auftrag, die Kontrolle und die Finanzierung müssen durch die öffentliche Hand getragen und gewährleistet werden. Den Vorstoss, der die sofortige Ausgliederung, und damit die Privatisierung der Stadtspitäler verlangt, lehnt die SP daher in jeder Form, auch in der Form eines Postulats, ab.

Rätsel gibt uns die Motion auf, welche die Fusion der Stadtspitäler mit dem Universitätsspital verlangt. Die bürgerlichen Parteien loben für gewöhnlich den Wettbewerb in höchsten Tönen. Die Fusion der drei grössten Spitäler der Stadt Zürich zu einem riesigen Spital würde wohl eher die Wettbewerbskommission auf den Plan rufen als den Wettbewerb beleben. Dies hat auch der Regierungsrat erkannt, welcher eine gleich lautende Motion im Kantonsrat zur Ablehnung empfahl.

Auskunft

Marcel Savarioud, Gemeinderat SP, Mitglied der SK GUD, 079 755 20 10

Min Li Marti, Fraktionspräsidentin SP, 079 344 54 71

Marco Denoth, Co-Präsident SP Stadt Zürich, 079 407 70 77